

Bulgariens Endspurt zur EU-Mitgliedschaft in Neue Zürcher Zeitung (31. März 2006)

Quelle: Neue Zürcher Zeitung. 31.03.2006. Zürich.

Urheberrecht: (c) Neue Zürcher Zeitung AG

Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung.

URL: http://www.cvce.eu/obj/bulgariens_endspurt_zur_eu_mitgliedschaft_in_neue_zurcher_zeitung_31_marz_2006-de-d4b1b969-e3de-49e5-b19f-77302b4e7f6b.html

Publication date: 11/12/2012

Bulgariens Endspurt zur EU-Mitgliedschaft

Weitreichende innenpolitische Folgen eines erzwungenen Aufschubs

Neun Monate vor dem geplanten EU-Beitritt herrscht in Bulgarien Unsicherheit über die Glaubwürdigkeit der EU. Ein erzwungener Aufschub des magischen Datums hätte weitreichende innenpolitische Folgen. Viele Bulgaren fühlen sich als Zweitklass-Europäer behandelt.

«In den kommenden Monaten sind die Berichte ausländischer Medien über unser Land matchentscheidend», sagt ein einflussreicher einheimischer Beobachter des Zeitgeschehens, in Sofia. In diesem Frühling wird die EU-Kommission ihren Fortschrittsbericht vorlegen, auf dessen Grundlage entschieden wird, ob Bulgarien (und wohl auch Rumänien) wie vorgesehen am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beitrifft. Wenn die Bedingungen nicht erfüllt sein sollten, wird eine Schutzklausel aktiviert, und es droht eine Aufschiebung des Beitritts um ein Jahr. In diesem Falle aber würde die gesamte Erweiterungsstrategie der EU auf dem Balkan in Frage gestellt, lautet das einhellige Fazit einheimischer und ausländischer Gesprächspartner in Sofia. Wenn Bulgarien noch länger vertröstet werde, sei mit einem wachsenden Euroskeptizismus zu rechnen, dessen Folgen sich nicht abschätzen ließen.

Vorteilhafte Rahmendaten

Doch ist Bulgarien für die Aufnahme wirklich bereit? Und mehr noch: Wünschen sich die Europäer ein weiteres Land in ihrem Kreis, das in letzter Zeit, wenn überhaupt, nicht durch positive Schlagzeilen aufgefallen ist? Dabei ließe sich in fast allen Belangen ein sehr günstiges Bild Bulgariens zeichnen, betonten alle Regierungsvertreter gegenüber einer kleinen Gruppe von Schweizer Berichterstattern, die auf Einladung der bulgarischen Botschaft in Bern sich ein Bild der Lage zu machen versuchten. Der stellvertretende Außenminister Ljubomir Kjutschukow hebt die über 60 Gesetze hervor, welche das Parlament seit seiner Konstituierung im letzten August verabschiedet hat, um den Anforderungen der EU gerecht zu werden. Von vorrangiger Bedeutung war ein neues Strafgesetz, auf dessen Grundlage die organisierte Kriminalität besser bekämpft werden soll. Seit dem Regierungswechsel im Sommer des Vorjahrs regiert in Sofia eine nach langem Seilziehen gebildete Koalition aus Vertretern der Sozialisten, der sogenannten Zaren-Partei des ehemaligen Regierungschefs Sakskoburgotski und der von Türken dominierten Bewegung für Rechte und Freiheiten.

«Wir wollen an unseren Leistungen gemessen werden», sagt Kjutschukow. In der Tat lassen sich die makroökonomischen Daten des Landes sehen. Selbstverständlich ist das keineswegs. Bulgariens Wirtschaft war bis zum Zusammenbruch des Sozialismus im Vergleich mit allen seinen Nachbarländern am stärksten an das sowjetische System angegliedert. Die Transformation war entsprechend schwierig und führte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu einem wirtschaftlichen Kollaps. In den vergangenen fünf Jahren wuchs nun aber die industrielle Produktion um fast 80 Prozent, und die Rate der Arbeitslosigkeit konnte auf einen europäischen Mittelwert gesenkt werden. Gleichzeitig stieg der durchschnittliche Monatsgehalt leicht an und liegt derzeit bei etwa 200 Euro. Das reicht knapp zum Überleben, für mehr nicht. Kein Wunder also, dass das Gros der Bevölkerung die Entbehrungen der letzten fünfzehn Jahre satt hat und sich zumindest jenen Lebensstandard erhofft, wie er zu Sowjetzeiten üblich war. Im Volk ist die Auffassung weit verbreitet, Bulgariens Nöte seien durch jene Opfer verursacht, die das Land in Hinblick auf den EU-Beitritt zu leisten gezwungen sei. Symbolhaft dafür steht das Atomkraftwerk Kozloduj. Das an der Donau gelegene, teilweise mit sowjetischer Technologie ausgestattete und aus sechs Reaktorblöcken bestehende Werk ist Herzstück der bulgarischen Energieversorgung. Es liefert dem Land zusätzliche Einkünfte aus Stromexporten. Nachdem bereits Ende 2002 die beiden ältesten Reaktoren abgestellt worden waren, sollen nun auf Geheiß der EU aus Sicherheitsgründen Ende Jahr zwei weitere Blöcke stillgelegt werden. Für diese Verluste wird Bulgariens Energieministerium zwar mit insgesamt über 200 Millionen Euro über zehn Jahre hinweg von der EU entschädigt. Doch der Stolz der Nation ist getroffen. Insbesondere in den Reihen der Sozialisten wird die verordnete Abschaltung des Werks als Diktat der EU empfunden. Kjutschukow allerdings betont, die Regierung werde die Auflagen einhalten, es sei denn, Brüssel zeige in letzter Minute Verständnis für Bulgarien und gewähre einen Aufschub der Stilllegung der inzwischen modernisierten zwei Reaktorblöcke.

Ein weiteres von Bulgarien abverlangtes wirtschaftliches Opfer trifft den Tourismus. Mit Beginn der Mitgliedschaft muss Bulgarien für die Bürger seiner westlichen Nachbarländer Serbien und Mazedonien die Visumpflicht einführen. Tourismusfachleute prognostizieren für diesen Fall einen empfindlichen Einnahmenrückgang, da insbesondere Serben künftig den Stränden am Schwarzen Meer wohl fernbleiben werden. Politisch ist die Sache aber auch darum brisant, weil die slawische Mehrheitsbevölkerung Mazedoniens historisch Bulgarien eng verbunden ist und eine fast identische Sprache spricht. Im Unterschied zu Rumänien, das die Visumpflicht für Serben bereits eingeführt hat, wartet Bulgarien bis zur letzten Minute. Denn auch für den grenzübergreifenden Handel ist die Abschottung alles andere als förderlich. Die Grenzsicherung wiederum ist ein vorrangiges Anliegen der EU, weil Bulgarien als Transitland für dunkle Güter aller Art gilt. Seit geraumer Zeit aber melden nun die Zollbehörden regelmäßig spektakuläre Drogenfunde, oft in türkischen Lastwagen versteckt. Doch das allein genügt nicht, denn viele der Bösewichte sitzen im eigenen Land.

Ein zäher Filz

In den vergangenen Monaten warf eine Serie spektakulärer Morde an dubiosen Geschäftsleuten ein schiefes Licht auf die Welt von Bulgariens organisierter Kriminalität. Der bisher letzte Mord betraf den mutmaßlichen Zigarettenschmuggler Iwan Todorow, bekannt unter dem Namen «der Doktor». Er wurde Ende Februar in Sofia auf der Fahrt in seinem Geländefahrzeug erschossen. Die Täter entkamen unerkant. Der Mord könnte als Abrechnung unter Konkurrenten abgehakt werden, wenn nicht die EU gegenüber Bulgarien die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zur obersten Priorität erhoben hätte. Betraut mit dieser Aufgabe wurde im Januar im Amt des Generalstaatsanwalts Boris Weltschew, ehemaliger Rechtsberater von Präsident Parwanow. Dass er aber in den kommenden entscheidenden Monaten wirklich aufräumen kann, hält in Sofia kaum jemand für möglich. Dazu ist der Filz viel zu zäh.

Strittig allerdings sind die Ursachen der organisierten Kriminalität, die, wie in den meisten andern osteuropäischen Transformationsländern, mit der Wirtschaft und der Politik verflochten ist. Von verschiedener Seite werden horrenden Summen genannt, die vor dem Systemwechsel aus staatlicher Schatulle unrechtmäßig abgezweigt und in den letzten Jahren nun im Lande investiert worden seien. Der angesehene Meinungsforscher Andrei Raitschew bezeichnet solches Gerede als Unsinn. Das große Geld sei mit undurchsichtigen Privatisierungen staatlicher Betriebe nach der Wende verdient worden, behauptet er. Genau gleich wie überall in der Nachbarschaft auch.

Im Übrigen, so fügt er maliziös an, sei in Bulgarien die Korruption geringer als etwa in Italien und die Kriminalitätsrate im Land liege deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Das mag sein, wird aber weder in Brüssel noch auf den Strassen Sofias so wahrgenommen. Da könnte die Wut über die herrschenden Zustände bitterer nicht sein. Die Schimpftiraden sind sich alle ähnlich, und man weiß wenig einzuwenden. Von korrupten und unfähigen Politikern ist die Rede, vom Diktat der EU und vor allem von den drückenden Existenzsorgen. Dass es ab nächstem Jahr besser werde, glauben nur wenige. Diese Patrioten oder neuen Bulgaren, wie sie auch genannt werden, seien nicht wirklich gegen die EU, sagt der Historiker Bozidar Dimitrow, Direktor des Nationalen Historischen Museums. Doch es bestehe in der Bevölkerung eine breit abgestützte Forderung, die politische Elite wegzufegen. Auch Dimitrow zieht die Parallele zu Italien und verweist auf die Bewegung Mani pulite, die sich dort Anfang der neunziger Jahre zur Korruptionsbekämpfung formiert hatte. Als bulgarisches Pendant bezeichnet er die Bewegung Ataka, die aus den letzten Parlamentswahlen als viertstärkste Partei hervorgegangen war. Deren gutes Abschneiden hatte in Europa einiges Stirnrunzeln verursacht, weil Ataka rechtsextreme Parolen verwendete und auch, mit dem Schlagwort des EU-Diktats operierte. Könnte sich das künftige Mitglied Bulgarien etwa gar als politischer Problemfall entpuppen?

Antwort in einem Museum

Vielleicht findet sich die Antwort auf diese schwierige Frage am Sitz des Historischen Museums. Untergebracht ist es seit fünf Jahren in einem herrschaftlichen, oberhalb der Stadt gelegenen Gebäude, das der letzte kommunistische Staatschef, Schiwkow, in der Zeit des sogenannten reifen Sozialismus eigens für offizielle Empfänge errichtet hatte. Abgesehen von den schön präsentierten Zeugnissen der an

Kulturschätzen überreichen Nation bestechen vor allem die Hinterzimmer des Prunkbaus. Dort hat sich seit Schiwkows Abgang kaum etwas verändert. Um in den gigantischen Arbeitsraum des ehemaligen Parteiführers zu gelangen, wo heute der Museumsdirektor amtiert, durchquert man nicht weniger als vier geräumige Vorzimmer, eines gar mit eigenem Konferenztisch ausgestattet. Wäre es, so erkundigen wir uns im Museum, nicht naheliegend, auch diese Gemächer der Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Und zwar exakt in dem Zustand, wie sie heute sind. Die Antwort besteht in großer Verlegenheit. Bulgariens jüngste Vergangenheit ist eben immer noch kein Thema. Schade.